

Gestaltungsspielraum jetzt nutzen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ein Jahr neu orientierte Bildungspolitik in Niedersachsen hat auch für unseren Berufsschullehrerverband (BLBS) neue Gestaltungsspielräume zur beruflichen Bildung geöffnet. Der traditionelle BLBS- Slogan „Erfolg durch Kompetenz“ ist auch hierzulande wieder stärker im Blickfeld. Dies hat zu einer Aufbruchstimmung geführt, aus der notwendige Veränderungen in den Berufsschulen hervorgehen werden. Inzwischen sind von der neuen Landesregierung eine Reihe von bildungspolitischen Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, die in die richtige Richtung weisen.

So wird unter anderem ein neues Schulgesetz ab dem neuen Schuljahr wirksam. Auch wenn dieses Schulgesetz in erster Linie die allgemein bildenden Schulen betrifft, haben wir den intensiven Gedankenaustausch mit allen im Landtag vertretenen Parteien gepflegt und die Interessen der beruflichen Bildung in die Diskussion eingebracht. Denn in wenigen Jahren werden diese Schülerinnen und Schüler an unsere berufsbildenden Schulen kommen.

Dies gibt Mut zu neuen Taten. Auch die Medien blicken wieder stärker auf uns. Nehmen wir als Berufspädagogen die neuen Herausforderung an. Über unsere Bundeszeitschrift und die involvierten Universitäten haben wir ein gutes, auch wissenschaftlich untermauertes Fundament. Ebenso sind wir vom Verband traditionell eng mit Industrie, Handel und Handwerk vor Ort verbunden. Wer könnte dem widersprechen?

Im Blick auf die Ereignisse von Hildesheim und Hannover wird jedoch auch ein Zusammenhang von Bildung und Gewalt deutlich. Daraus lässt sich ableiten: Im Zuge von Veränderungsmaßnahmen sind in unseren Schulen nicht nur Zahlen, Daten, Fakten, Finanzen und Modellvorhaben interessant - bei aller Liebe zum Landesrechnungshof, der mit spitzem Bleistift rechnen muss.

Von nahezu existentieller Bedeutung für die Berufsschulen als duale Partner ist heute vor allem der kritische Blick auf das pädagogische Kerngeschäft, das intensive Bemühen um Schülerinnen und Schüler als „Leistungsträger von morgen“. Dass jene schon ab dem Kindesalter so gut wie keine Lobby haben, gehört zu den immer wieder schmerzlich wahrgenommenen Binsenweisheiten. Soziale Kälte, Isolation und Hilflosigkeit greifen auch angesichts größer werdender Schülerzahlen in bestimmten Auffang-

klassen der Berufsschulen um sich. Da helfen weder Ausbildungsplatzabgaben noch Internet mit all den seichten Angeboten von A bis Z. Wonach die Heranwachsenden heute verlangen, sind Vertrauen, Liebe, Aufmerksamkeit, individuelle Zuwendung, ein Stück Eigenverantwortung und vor allem eine frühzeitige beruflich orientierte Perspektive. Überhaupt scheint der Blick auf diese im Christentum verankerten „weichen Faktoren“, ohne die eine Soziale Marktwirtschaft ihren produktiven Zusammenhalt verliert, immer wichtiger zu werden, zumal die künftigen Anforderungen an die berufliche Flexibilität und Mobilität bereits von vielen Jugendlichen heute kaum als Chance, sondern eher als Risiko begriffen werden. Ist dies das Resultat einer politischen Entwicklung, die unserer Bundesregierung mit ihrer Sozialpolitik anscheinend zunehmend aus dem Ruder läuft?

Derartige Fragen sollten wir in diesem Jahr aufgreifen und neben andern Themen, wie ProReKo und Qualitätsmanagement, auch über den Stellenwert gesellschaftlicher Verantwortung in der Bildung, über Ethik und Moral unternehmerischen Handelns mit der Wirtschaft und Vertretern der Kirchen in Niedersachsen diskutieren.

Verfolgt man die gegenwärtigen Anstrengungen zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Deutschland, so stellt man fest, dass in nahezu allen Bundesländern die Stärkung der Selbstverantwortung von Schulen ein aktuelles Thema ist. Die Erwartungen derjenigen, die Schulen zu mehr Eigenständigkeit, mehr Selbstständigkeit und mehr Selbstverantwortung führen wollen, sind weitgehend deckungsgleich. Es gilt, die Qualität schulischer Arbeit zu erhöhen und die Schülerleistungen zu verbessern – und dies mit Ressourcen, die nicht unendlich sind.

In Niedersachsen erfährt die Thematik eine besondere Brisanz

durch die politisch schon beschlossene Abschaffung der Bezirksregierungen. Wie werden die dort wegfallenden Aufgaben verteilt? Wie wird die Fach- und Dienstaufsicht der Schulen geregelt? Wird es weiterhin Mittelinstanzen geben?

Der BLBS wird diese Entwicklung begleiten. Liebe Leserinnen und Leser, beteiligen Sie sich an den entsprechenden Diskussionen innerhalb und außerhalb des Verbandes! Nur wenn wir aktiv mitgestalten, haben wir die Möglichkeit, unsere Fachkompetenz in

den sich durch die Veränderungen sicherlich eröffnenden Gestaltungsspielraum einzubringen.

Das meint

Ihr

Heinz Ameskamp

-Landesvorsitzender-

Aus der Bildungspolitik

„Anpassung des Berufsbildungsgesetzes ist unumgänglich“ Kultusminister Busemann fordert Reform der beruflichen Bildung

„Der Handlungsbedarf ist groß, die Zeit drängt“, forderte der Niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann in Hannover „die überfällige Anpassung des Berufsbildungsgesetzes an die vielfältigen und raschen Veränderungen in Wirtschaft, Technik, Arbeitswelt und Gesellschaft.“

In seinem Impulsreferat zur Eröffnung der Fachtagung „Zukunftsoffensive berufliche Bildung“ in der Multi-Media Berufsbildenden Schule auf dem EXPO-Gelände vor über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften, Kommunen, Verbänden und Schulen umriss der Kultusminister seine Vorstellung von einer am Beschäftigungssystem orientierten Berufsausbildung, die berufliche Handlungsfähigkeit vermitteln und die Voraussetzungen für Mobilität im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt schaffen müsse.

„Jeder Jugendliche, der auf der Straße stehen muss, schwächt unsere Gesellschaft. Das darf und will ich nicht zulassen“, betonte Busemann. Es gelte, gleichermaßen den jungen Leuten gerecht zu werden, die schlechte Startchancen hätten, wie denen, die besondere Begabungen im theoretischen oder auch im praktischen Bereich mitbrächten. So könne eine Vollausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf in schulischer Verantwortung Jugendliche, die sonst auf der Strecke blieben, zu einem auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Abschluss führen. „Das soll kein Ersatz für das bewährte duale Ausbildungssystem sein, sondern es nur vorübergehend ergänzen, so lange es beschäftigungspolitisch und aufgrund der Bevölkerungsentwicklung sinnvoll und notwendig ist“, machte Busemann deutlich. Damit berufliche Vollzeitschulformen für Jugendliche ohne betrieblichen Ausbildungsplatz nicht

zu „Warteschleifen im Lebenslauf“ würden, sei geplant berufstheoretische und berufspraktische Abschlussprüfungen einzuführen, an denen Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern mitwirken sollten.

„Um die Motivation der Auszubildenden und die Qualität der Ausbildung zu steigern, ist es überfällig, die am Lernort Berufsschule erbrachten Leistung gleichgewichtig zum Ergebnis der praktischen Prüfung in das Gesamtergebnis des Berufsabschlusses einzubeziehen“, forderte Busemann die Sozialparteien auf, ihre bisherigen Bedenken zu überwinden. Ferner sei es unumgänglich, bisher fehlende internationale Kompetenzen in Ausbildung und Abschlüssen so einzubeziehen, „dass“, so Busemann weiter, „wir auch auf den globalisierten internationalen Märkten wettbewerbsfähig bleiben können.“ Ebenso seien die neuen Kommunikationstechnologien wie das E-Learning stärker für die berufliche Aus- und Weiterbildung nutzbar zu machen.

„Lernortkooperationen benötigen einen passenden rechtlichen Rahmen. Berufsschulleistungen müssen in die Abschlussprüfung einbezogen werden. Berufliche Teil- und Abschlussqualifikationen sollten zertifiziert und gebündelt zu einer Abschlussqualifikation führen. Die Voraussetzungen zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen sind zu regeln und zwischen dem Bund und den Ländern sind Abstimmungen über Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne dringend erforderlich. Deshalb ist eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes unumgänglich“, fasste Busemann zusammen.

aus Bezirk Hannover

„Schwere Zeiten für Azubis“ Ausbildungsabgabe ist neue Strafsteuer für Unternehmen

Berlin - Die von der rot-grünen Regierung beschlossene Ausbildungsabgabe entspricht laut Dagmar Wöhl, wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, „der planwirtschaftlichen Logik der SPD“. Das Ergebnis sei, „dass künftig in diesem Land nicht mehr, sondern weniger ausgebildet wird“. Da stimme ihr sogar Wirtschaftsminister Clement grundsätzlich zu.

Wöhl, die bis zuletzt gegen die „neue Strafsteuer“ ins Feld gezogen war, sagte WELT am SONNTAG, „Wirtschaft und Lehrstellensuchende müssten sich von nun an auf noch schwerere Zeiten einstellen.“ Denn die Auswirkungen sind nach Ansicht der Wirtschaftsexpertin nicht nur kontraproduktiv, sondern in hohem Maße

schädlich.

Die Ausbildungsabgabe gehe an dem Hauptgrund der Lehrstellenmisere, der ohnmächtigen Konjunktur, vorbei. Durch die wachstumsschädliche Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik der Regierung werde es auch in diesem Jahr voraussichtlich über 40.000 Unternehmenspleiten geben: „Den Betrieben geht die Luft aus. Viele müssen um ihre Existenz bangen“, so Wöhl. Und in dieser Situation stellten die betroffenen Firmen sowieso keine Lehrlinge ein, ob mit oder ohne Ausbildungsabgabe. An dem konjunkturell bedingten Rückgang der Lehrstellen werde sich also nichts ändern.

Hinzu kämen die Kosten der Abgabe, die die Betriebe zusätzlich

belasten. Fast ein Drittel der mittelständischen Betriebe arbeitet ohne Gewinn, mehr als die Hälfte der kleineren Mittelständler hat kein Eigenkapital mehr. 90 Prozent der Unternehmen machen ihr Lehrstellenangebot von der aktuellen Geschäftslage abhängig. „Die stellen doch nur ein, wenn sie wissen, dass sich das auch lohnt.“ Das Letzte, was die Unternehmen jetzt brauchen, sei staatliche Geldeintreibungsschikane, sie benötigten vielmehr Aufträge und klare Perspektiven.

Trotzdem werde die Strafsteuer in gewisser Weise Mehrarbeit schaffen, räumt Dagmar Wöhrl ein: für die Beamten, die den Zwangsmittelapparat - der Verwaltungsaufwand wird auf 700 Millionen Euro geschätzt - verwalten und dabei ein neues bürokratisches Gespenst erfassen müssen, das schon bald in den Statistiken spuken wird: Die „Leerlingsplätze“ - Stellen, die in den Betrieben besetzt werden könnten, wenn die Unternehmen es nicht

vorziehen würden, sich mit der Ausbildungsabgabe von der kostenintensiven Ausbildung freizukaufen.

Denn viele Betriebe, so die CSU-Politikerin, schreckten schon jetzt vor der stark angehobenen Ausbildungsvergütung, den verringerten Anwesenheitszeiten in den Betrieben und den verschärften Ausbildungsaufgaben zurück: „Auch Ausbildung muss sich letztlich rechnen.“ Deshalb müssten flexible Regelungen zur Ausbildungsvergütung festgeschrieben und Übernahmeverpflichtungen überdacht werden.

Ihr Fazit: Kostendruck, mehr Bürokratie und staatliche Gängelung werden das bewährte duale Ausbildungssystem schwächen, hinter dem die deutsche Wirtschaft bislang voll gestanden hat. Nur einen Sieg markiere der Regierungsbeschluss: „Den der SPD-Linken über den gesunden Menschenverstand“.

Welt am Sonntag, 16.11.03

OECD: Ohne gute Lehrer keine gute Ausbildung

Aus „Aktiv im Ruhestand“, Ausgabe 1+2/2004 - mit Anmerkungen von Heinrich Rötter

Nur gute Lehrer sind in der Lage, eine gute Ausbildung der Schüler sicherzustellen, hat die OECD in ihrer Studie „Bildung auf einen Blick“ festgestellt.

„Die Fähigkeit, hochqualifizierte Lehrer einzustellen und dauerhaft zu binden, ist einer der zentralpolitischen Aspekte, der entscheidenden Einfluss auf die Bildungsqualität hat“, heißt es in der Studie, die über 500 Seiten stark ist und in der die Bildungssysteme vieler Staaten verglichen werden.

Für Deutschland stellt die OECD fest, dass es überdurchschnittlich viele Lehrer im Alter von 50 bis 59 Jahre hat. Außerdem dauert die Ausbildung zum Lehrer in Deutschland, verglichen mit anderen Ländern, überdurchschnittlich lange (zur guten Ausbildung von Berufsschullehrern gehört möglichst auch eine betriebliche Ausbildung oder Tätigkeit). Schon jetzt muss sich Deutschland Gedanken machen, wie es die Abiturienten veranlassen kann, eine Ausbildung zum Lehrer zu beginnen. Entscheidend für das Inte-

resse an einem Beruf sind, so hieß es in Presseberichten, „nicht nur Gehalt und Sozialprestige, sondern auch Arbeitsbedingungen und Klassengrößen“. Deutsche Lehrer erhalten im internationalen Vergleich ein verhältnismäßig gutes Grundgehalt, aber wenig arbeitsbezogene Zulagen. Beim Arbeitsaufwand dürfen nicht allein die Unterrichtsstunden gerechnet werden, vielmehr seien Korrekturarbeiten und Managementaufgaben hinzuzurechnen (dazu gehören bei Berufsschullehrern der ständige Kontakt zum Ausbildungspersonal der Betriebe, zu den Kammern und überbetrieblichen Ausbildungszentren, die Mitarbeit in den Prüfungsausschüssen und die ständige berufliche Fortbildung). Wenn solche Leistungen berücksichtigt werden, dann liegen deutsche Lehrer international eher im oberen Bereich. In Finnland, das bei der Pisa-Studie am besten abgeschnitten hat, werden die Lehrer von sonstigen Aufgaben weitgehend entlastet, damit sie sich ganz und gar dem Unterricht widmen können.

Bundeseinheitlichkeit der Berufsbildung

Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung beschließt Empfehlung

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)⁰¹ hat auf seiner Sitzung am 12. Dezember 2003 das Thema „Bundeseinheitlichkeit der Berufsbildung“ beraten und dazu folgende Empfehlung an die Bundesregierung verabschiedet:

„Die Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich der außerschulischen Berufsbildung vom Bund auf die Länder bzw. die Eröffnung der Möglichkeit für die Länder, in diesen Bereichen vom Bundesrecht abweichende Regelungen zu treffen, ist weder bildungs- noch wirtschaftspolitisch sinnvoll, noch ist die Übertragung zur Berücksichtigung regionaler Besonderheiten oder aus Wettbewerbsgründen erforderlich.

Die Zersplitterung der bundeseinheitlichen Ausbildungsstandards ginge einher mit

- erhöhtem Kosten- und Organisationsaufwand für überregional tätige Unternehmen,
- erhöhtem Verwaltungsaufwand der öffentlichen Stellen,
- aufwendigem Anpassungsqualifizierungsbedarf,
- dem Verlust der Einheitlichkeit der Ausbildung,
- der Einschränkung der beruflichen Mobilität,
- dem Verlust von Rechtssicherheit,

- dem Verlust von Akzeptanz für das duale System im internationalen Wettbewerb,
- dem Verlust von Transparenz, Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit,
- und damit im Ergebnis mit dem Verlust von Ausbildungsplätzen.

Erforderlich ist nicht die Zerstückelung, sondern die punktuelle Optimierung und die weitere ständige Anpassung des Systems an die wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Änderungen der verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern werden hierzu nicht benötigt.

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung appelliert deshalb an alle Beteiligten, sich nachdrücklich für die Beibehaltung der bestehenden Zuständigkeiten im Bereich der beruflichen Bildung einzusetzen.“

Zum Hintergrund der Empfehlung:

Die Regierungschefs der Länder haben am 27. März 2003 in Berlin Leitlinien für die Verhandlungen mit dem Bund zum Thema „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland“ verabschiedet. Vorgeschlagen wird darin, den Ländern auf geeignete Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung ein eigenes Zugriffsrecht einzuräumen. Danach behielte der Bund zwar sein Regelungsrecht, die Länder könnten jedoch von den Regelungen des Bundes abweichende Gesetze beschließen. Dies be-

trifft auch die außerschulische berufliche Bildung.

1⁰¹ Der Hauptausschuss des BIBB hat die gesetzliche Aufgabe, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung zu beraten. Das Gremium ist viertelparitätisch mit Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Länder und des Bundes besetzt.

Pressemitteilung des BIB vom 18.12.2003

Brutale Schüler notfalls wegsperren - CDU-Landtagsfraktion plädiert für konsequente Linie

Hannover. Die niedersächsische CDU will brutale Schüler notfalls dauerhaft wegsperren. „Die haben auf unseren Schulen nichts zu suchen“, sagte der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Klare, im Landtag.

„Die brauchen eine Therapie und müssen ruhig gestellt werden. Dazu gehört teilweise auch das Wegschließen“, ergänzte Klare im Gespräch mit unserer Zeitung. Dafür kämen etwa geschlossene Heime in Betracht. Klare schätzte den Anteil der gewalttätigen Schüler in Niedersachsen auf 20 Jugendliche. Die bisherigen Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen der Schulen genügten nicht, meinte Klare. Nach seinen Angaben reicht das Instrumentarium derzeit nur vom Verweis über die Versetzung an eine andere Schule bis hin zum dreimonatigen Ausschluss vom Unterricht. „Danach stehen sie dann vor der Tür desjenigen, der dies veranlasst hat“, sagte der Schullehrer und berichtete von Attacken und Morddrohungen gegen Lehrer.

Klare verwies auf den Fall eines Braunschweiger Hauptschullehrers, der vergeblich versucht haben soll, gegen einen gewalttätigen 15-Jährigen vorzugehen. Dieser soll mehrere Mitschüler geschlagen und den Unterricht massiv gestört haben. Eine Versetzung an eine andere Schule sei aber gescheitert. Der Lehrer, immerhin seit 27 Jahren im Schuldienst, hat sich nach Angaben Klares Anfang der Woche vom Unterricht abgemeldet. Der Schüler dagegen geht weiter auf seine Schule.

In der Landtagsdebatte nach den Vorfällen an den Berufsschulen

in Hildesheim und Hannover befürwortete Ministerpräsident Wulff (CDU) ebenfalls mehr Härte. „Wir müssen deutlicher sagen, was geht und was nicht geht.“ Zugleich mahnte der Regierungschef die Eltern, mehr Zeit und Zuwendung für ihre Kinder aufzubringen. Wie die Redner der anderen Fraktionen kritisierte Wulff die zunehmende Verrohung durch die Medien. „Wenn man im Fernsehen 20000 Kakerlaken über Daniel Küblböck ausschütten lässt, darf man sich nicht wundern, dass Schüler dies in irgendeiner Weise nachmachen wollen.“ Bildungsminister Busemann (CDU) warnte vor Hysterie. Die meisten Schulen und Klassen seien sichere Orte. Deshalb dürfe man sie trotz der erschütternden Vorgänge nicht in Kasernen oder Gefängnisse umbauen. Vorrang hätten Sozialarbeit und Vorbeugung. Video-Überwachung sei nur als das allerletzte Mittel einzusetzen. SPD-Fraktionsvize Jüttner beklagte wie auch Grünen-Fraktionschefin Harms, dass vielen Schülern keine Perspektiven mit auf den Weg gegeben würden. Hier entstehe „sozialer Sprengstoff“, sagte Jüttner. „In einem der reichsten Länder der Welt entwickelt sich eine neue Unterschicht“, meinte Harms. Mit ihrer Schulpolitik der „Ausgrenzung“ vergrößere die Landesregierung Konflikte und Gewaltpotenziale.

Aus: WeserKurier ONLINE 19.02.2004

Aus den Bezirksverbänden

Aktuelle Bankverbindung des BLBS-Landesverbandes

Als Schatzmeister weise ich noch einmal auf die seit 2001 bestehende

neue Kontoverbindung

hin! Es wurden auch Ende 2003 immer noch Überweisungen auf unser altes Konto in Hannover vorgenommen, welches wir aus diesem Grund nicht aufgeben können. Dies erzeugt zusätzlich Kosten und Arbeit! Deshalb hier noch einmal das aktuelle BLBS-Konto des Landesverbandes mit der Bitte, nur noch dieses zu verwenden:

Konto-Nr. 133 097 11
BLZ 285 500 00
Sparkasse Leer-Weener

Norbert Boese

„Der Azubi – das verkannte Wesen?“

Oldenburg (fsu) - Dass deutsche Schüler keine Pisa – Sieger sind, wissen wir längst. Aber was wissen wir sonst noch über unsere Jugendlichen – bis auf das, was die Medien oft in spektakulärer Aufmachung melden? Wer kennt die Lage unserer Heranwachsenden, wer „verstehst sie“ - wenn’s einmal nicht um Verordnungen, Lehrpläne, Stoffvermittlung, Elitebildung und den politischen Dauerbrenner Ausbildungsplatzabgabe geht? Der Azubi – das verkannte Wesen?

Eine Auftaktveranstaltung zu diesem Thema wird der Berufsschullehrerverband im Bezirk Oldenburg gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien norddeutscher Industrie- und Handelskammern am Dienstag, 08. Juni 2004, in der Oldenburgischen IHK nachmittags durchführen.

Freuen Sie sich schon jetzt auf drei Impulsreferate hochrangiger

Vertreter aus Wirtschaft, Kirche und Schule mit anschließendem Podiumsgespräch, an dem auch Funktionsträger der Betriebe aus der Region teilnehmen. Zeitrahmen: 15.00 bis 18.00 Uhr.

Weitere Informationen erhalten Sie rechtzeitig mit der Einladung und über www.BLBS-Nds.de.

Neues Denken braucht das Land – wirtschaftliche Zukunft verlangt Erfindungen, Patente, Innovationen und Flexibilität

Bestandsaufnahme und Vorschläge für zukünftiges Handeln

Oldenburg - Das Deutsche Erfindungswesen liegt seit Anfang der 90er Jahre mit besorgniserregendem Abstand hinter großen Nationen zurück. Zur Bestandsaufnahme und Begründung von Vorschlägen zur Relativierung dieses Defizits findet am 29. April 2004 eine Vortragsveranstaltung an der Oldenburger Fachhochschule statt.

Deutschlands Denker, die engagiert und versiert produktive Ideen sowie kreative Problemlösungen vorlegen können, sind – von Ausnahmen einmal abgesehen – keine Medienstars. Und doch ziehen gerade sie uns jeweils aufs Neue mit ihren alltagstauglichen und bisweilen hoch anspruchsvollen Erfindungen in ihren Bann. Besucher von Erfinderausstellungen und Neuheitenmessen berichten beeindruckt von Erlebniswelten der Phantasie, achtungsvoll von verblüffenden Ideen, von kühnen Konstruktionen und von einem bemerkenswerten Entwicklungs- und Forscherdrang der Akteure. Es sind Eigenschaften und Verhalten, wie wir sie in dieser Form ausschließlich bei diesen findigen Menschen antreffen. Ihr Vorteil ist ihre Authentizität: Sie beschreiben, kreieren und gestalten Zukunft mit vollem Einsatz und mit all ihren Kräften; ja sie sind in ihren Aktionen unserer Zeit bisweilen weit voraus. Was sie erfolgreich erdenken, wird in Beruf, Betrieb und im Privatbereich in Zukunft benutzt, verwendet und konsumiert werden. Danach gilt unzweifelhaft: Erfinder sind die kreative Elite für wirtschaftliche Zukunft.

Diese hochmotivierten, leistungsorientierten und überaus innovativen Denker tragen sehr erheblich zur Prosperität unserer Wirtschaft bei. Und obgleich hohes Engagement der Jugendlichen und Erwachsenen in Deutschland zum Erhalt und zur Entwicklung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit so sehr dringend benötigt wird, erfährt dies hierzulande keine nennenswerte Unterstützung. Zwar bieten beispielsweise die Kammern oder die Stiftung „Jugend forscht“ ihren Wettbewerbsteilnehmern eine hochlobliche Beratung in konkreten erfinderischen Situationen an. Jedoch mangelt es an entsprechenden Unterweisungen in Techniken und Methoden des Erfindens. Auch ist das Wissen über die Sicherung erfinderischer Ergebnisse nicht weit verbreitet. Zudem ist eine finanzielle Förderung von erfolversprechenden, erfinderischen Vorleistungen für jedermann ebenso unbekannt, da nicht vorhanden. Erschwerend wirkt sich aus, dass über gezieltes Forschen und Entwickeln in Industrie und einschlägigen Instituten (beispielsweise Fraunhofer) hinaus ein erfinderfreundliches und innovationsförderndes Klima in Deutschland praktisch nicht existiert – ganz im Gegensatz übrigens zu Japan. Negative oder negative Folgen auf erfinderisches Denken und Verhalten bleiben da nicht aus. Neuerungen werden ignoriert, gar

unterdrückt und gehen für immer verloren. Auch wenn erfinderisches Engagement verspricht, latent vorhandene Potenziale zu erschließen und sich höchst förderlich auf die Entfaltung der theoretischen wie berufspraktischen Kompetenzen auszuwirken, so ist der Reiz, selbst aktiv zu werden und dies gegebenenfalls auch zu bleiben, doch äußerst gering.

Erkenntnis: Bedauerlicherweise wird in unserer Republik keineswegs honoriert, dass das Wohl der Nation ganz wesentlich vom Ideenreichtum, von der Innovationsfähigkeit sowie vom Engagement seiner Bürger und Leistungsträger abhängt. Genau dies ist leicht nachprüfbar: Wer die wirtschaftlichen Bedingungen in unserem Land beobachtet und analysiert, wird erkennen, dass dieses Engagement - auch für Patente und Lizenzen - eine Schlüsselrolle einnimmt.

Deutschland hat auch hier eindeutig Reformbedarf. – Die erheblich defizitäre Situation an erfinderischen und innovativen Leistungen verlangt unser gemeinsames Anpacken und Handeln!

Aus diesem Grund lädt das Zentrum für Weiterbildung (ZfW) der Fachhochschule in Oldenburg zu einer Vortragsveranstaltung ein, mit dem Thema „Die erfinderische Mentalität schaffen“. Herausragender Redner der Veranstaltung ist der Präsident des Deutschen Patent- und Markenamts, Dr. Jürgen Schade. Neben weiteren Vorträgen wird der Autor dieser Zeilen, ein langjährig aktiver Berufsschullehrer, über Vorüberlegungen für ein berufsschulisches Lernangebot zum Erfindungswesen referieren. Die Veranstaltung findet am Donnerstag, 29. April 2004, an der Fachhochschule in Oldenburg statt. Informationen und Anmeldeunterlagen können bis zum 08. April vom Veranstalter angefordert werden; Anmeldeabschluss ist der 16. April. Fachhochschule, Standort Oldenburg, Zentrum für Weiterbildung (ZfW), Ofener Str. 16/19, 26121 Oldenburg; Telefon (0441) 3610 3920; Telefax (0441) 36103910.

Dietrich Mischok

Vorsitzender des BLBS-Ortsverbandes Oldenburg

Tagung der Berufsschullehrer im Bezirk Weser – Ems

Osnabrück (fsu) – Eine stärkere Orientierung der beruflichen Bildung auf die ganzheitlichen Bedürfnisse der Schüler hat der Oldenburger Bezirksvorsitzende des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLWN), Manfred Diekmann, gefordert.

Bei einer Tagung der Berufsschullehrerverbände (BVN) sagte er in Osnabrück, die duale Ausbildung werde nur Bestand haben, wenn bei all dem Bemühen um mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit in den Schulen der Azubi an oberster Stelle stehe. Als besonders positiv empfinde er, dass der neue niedersächsische Dienstherr nach vielen ärgerlichen Äußerungen der Vorgängerregierung nun dabei sei, das öffentliche Ansehen der Lehrer zu verbessern, ihre Leistungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu würdigen und mit neuen Konzepten und höheren Mittelzuweisungen zur Qualitätsverbesserung beizutragen.

Ministerialrat Peter Bräth, der als Gastredner sprach, ging auf die neuen Herausforderungen ein und stellte praktikable Lösungen vor, die bewirken sollen, dass die duale Berufsausbildung „Made in Germany“ kein Auslaufmodell werden wird.



Es geht voran - gut gelaunt (v.l.): Landesvorsitzender des BLBS Heinz Ameskamp, Ministerialrat Peter Bräth, Fritz Rittmeister, Dezernent der Bezirksregierung Weser-Ems

Foto: Susewind

„Schulleiter mit Herz und Verstand“

Klaus Cammans nach 21 Jahren im Vorruhestand – engagierter Anwalt auch des Standortes

Varel (fsu) – Gebaltes Lob von Schülervetretern, Partnern und Weggefährten musste sich jetzt Klaus Cammans bei seiner Verabschiedung als Schulleiter gefallen lassen. So sprach Schülervetreterin Kristina Trey vom gegenseitigen Vertrauensverhältnis, das vor allem die „unglaubliche Gelassenheit“ des Schulleiters geprägt habe.

Auch Landrat Swen Ambrosy betonte, Cammans habe eine stets vorwärts weisende und sehr konstruktive Zusammenarbeit gepflegt. Bei der Bewältigung all dieser Aufgaben sei von ihm „nie vergessen worden, dass hinter Klassenbüchern, Schülerbögen und Servicelisten, ja hinter Kolleginnen und Kollegen und Eltern Menschen stehen, jeder ein wenig anders, jeder auf seine Weise liebenswert, jeder mit dem Recht ausgestattet, Schutz und Sorge zu erfahren, Güte und Menschlichkeit zu spüren, Zuwendung und Zukunft zu erhalten“. Der Vizepräsident der Handwerkskammer Oldenburg Bernhard Rech, betonte, gerade in dieser schwierigen Phase des dualen Ausbildungssystems seien „Schulmänner wie Cammans“ unentbehrlich. Geschäftsführer Dr. Thomas Hildebrand, Oldenburgische IHK, hob nicht zuletzt die Verdienste Cammans´ um die regionale Bildungsinfrastruktur hervor. In beiden Berufsbildungsausschüssen der Kammer war der Vareler Schulleiter Mitglied.

Karl Heinz Funke, Minister a. D. und Stellvertretender Bürgermeister der Stadt Varel, dem es aufgrund eines lange zugesagten Termins nicht möglich war, an der Verabschiedungsfeier teilzunehmen, übersandte als langjähriger Weggefährte Cammans´ Grüße. Darin heißt es unter anderem: „Lieber Klaus, das Vareler Berufsbildende Schulwesen wäre ohne Dich nicht das, was es heute ist. Du hast dich also darum sehr verdient gemacht. Dein vielfältiges Engagement über deine Direktorentätigkeit hinaus, in verschiedenen ehrenamtlichen Funktionen, wird auf Dauer mit dem guten Namen Cammans verbunden sein.“

Bevor sich der scheidende Schulleiter in der Ruhestand schicken ließ, nutzte noch einmal die Gunst der Stunde: Er appellierte an den Landrat, sich für ein Fachgymnasium Technik am Technikstandort Varel stark zu machen.



Urkunde beim Abschiedsempfang (v.l.): Leitender Regierungsschuldirektor Bodo Ilse und Oberstudiendirektor Klaus Cammans

Foto: Susewind

Peter Marks: designierter Nachfolger von Klaus Cammans



Peter Marx

Foto: privat

Varel (fsu) – Eine „glückliche Hand“ bei der Auswahl seines Nachfolgers als Schulleiter wünschte jetzt Klaus Cammans der niedersächsischen Landesregierung. Wir berichteten in unserer September-Ausgabe, siehe Interview „Schulleitung erfordert Kompetenz“. Cammans Wunsch ging nun in Erfül-

lung. Mit Peter Marks tritt in Varel ein Mann an, der über jene Qualifikationen verfügt, die es ihm erlauben, mehr Zukunftsgestalter als Zustandsverwalter sein zu können.

Marks, der in Holzminden stellvertretender Schulleiter war, versteht es, auf Menschen zuzugehen und ist in seiner Freizeit ein begeisterter Tennisspieler.

Die Redaktion der „Berufsbildung Aktuell“ wünscht ihm einen guten Start an „seiner“ neuen Schule und eine glückliche Hand als „Mannschaftsführer“.

ProReKo – Projekt regionale Kompetenzzentren BBS II -Gewerbeschule Göttingen auf dem Weg in die Zukunft

Mit dem Schulversuch ProReKo soll für berufsbildende Schulen in Niedersachsen die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu Qualifizierungszentren in der Region zu entwickeln. Der Schulversuch wurde im Schulverwaltungsblatt 8/2002 ausgeschrieben. Von den ca. 135 berufsbildenden Schulen im Land Niedersachsen sind 19 Schulen mit ihren Bewerbungen berücksichtigt worden; davon allein im Regierungsbezirk Braunschweig acht berufsbildende Schulen.

Die Bewerbung der BBS II -Gewerbeschule- Göttingen war erfolgreich, die Schule ist als Modellschule ausgewählt worden. Dazu war es notwendig, vielfältige Informationsveranstaltungen für das Kollegium, für Funktionsträger, für die Elternvertretung und für die Schülerschaft, teilweise auch unter Hinzunahme von externen Experten z. B. aus der UNI Göttingen oder aus dem Schulaufsichtsrat in Hannover, zu veranstalten. Die Zustimmung in der Gesamtkonferenz war ebenso Voraussetzung wie die Zustimmung der politisch verantwortlichen Gremien im Landkreis Göttingen als Schulträger der BBS II.

Der Weg, diese Entscheidungsprozesse positiv zu besetzen, war notwendigerweise von Anstrengungen begleitet. Zudem fiel dieser neuer Gestaltungsprozess in den Zeitraum des 150-jährigen Bestehens der Gewerbeschule Göttingen. Wenngleich 150 Jahre im Vergleich zu anderen Schulformen keine sehr lange Tradition sind, umfassen sie doch einen äußerst wechselhaften und bedeutsamen Zeitabschnitt und zeigen auf, welche Probleme und Wandlungen die Schule in organisatorischer Hinsicht lösen und in pädagogischer Zielsetzung bewältigen musste, wie Kultusminister Bernd Busemann in seinem Grußwort herausstellte.

Von der Notwendigkeit des lebensbegleitenden Lernens ausgehend, stehen die Schüler und Schülerinnen im Mittelpunkt des Schulversuches. Schulen, Schulträger und Schulbehörden erproben im Rahmen einer deutlich verstärkten eigenverantwortlichen Steuerung auf der Grundlage größerer, den Schulen eingeräumter Selbstständigkeit und Gestaltungsspielräume neue Wege mit dem Ziel, die Qualität der schulischen Arbeit zu verbessern.

Verbunden mit den fünf Primär-Arbeitsfeldern (Bildungsangebote, Qualitätsmanagement, Personalmanagement, Budgetierung und Schulverfassung) stehen fünf zentrale Fragestellungen der damaligen Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper. Sie formulierte diese in einer Auftaktveranstaltung am 25. November 2002 in Hannover:

1. Bildungsangebot

„Kann ein Kompetenzzentrum für berufliche Bildung im Sinne des lebensbegleitenden Lernens und auf der Basis des regionalen Qualifizierungsbedarfs ein curricular-verzahntes Angebot von Ausbildung und Weiterbildung entwickeln, vorhalten und umsetzen?“

2. Qualitätssicherung

„Wie lässt sich ein systematisches Qualitätsmanagement im Kontext größerer Selbstständigkeit und Gestaltungsspielräume in den regionalen Kompetenzzentren institutionalisieren, damit die qualitative Weiterentwicklung von schulischer Arbeit bei gleichzeitiger Rechenschaftslegung möglich und gesichert ist?“

3. Personal

„Welche Funktionen des Personalmanagements müssen regionale Kompetenzzentren mit welchen Unterstützungsstrukturen wahrnehmen, damit sich in der Region eigenständige Profile im Sinne von Qualifizierungszentren entwickeln können?“

4. Finanzen

„Welches Maß von Budgetautonomie ist für ein regionales Kompetenzzentrum vor dem Hintergrund von Flexibilisierung und Dezentralisierung von Verantwortlichkeiten und Entscheidungsbefugnissen erforderlich, und wie lässt sich dies praktisch umsetzen?“

5. Schulverfassung

„Welche Organisationsstrukturen müssen im Kontext von Schulautonomie und neuen Steuerungsmodellen wie angepasst bzw. neu gestaltet werden, damit die Aufgaben eines regionalen Kompetenzzentrums erfüllt werden können?“

Die Fragestellungen an sich zeigen schon, dass es sich hier um ein Projekt handelt, das erstens ergebnisoffen angelegt ist und

zweitens davon ausgeht, dass Freiwilligkeit und der konsensuale Ansatz tragende Prinzipien sein werden. Die Zielsetzungen des Projekts korrespondieren gut mit den in den BBS II Göttingen bereits angefangenen Entwicklungen auf dem Weg zu einem Schulprogramm. Wichtig ist dabei, einen gemeinsamen von innen und außen gestalteten Rahmen zu begründen.

Die Gestaltung des äußeren Rahmens soll durch diesen Schul(verfassungs)versuch tatkräftig dazu beitragen, dass all die Aktionen im Hause der BBS II Göttingen auch unter dem Namen der Berufsbildenden Schulen, also nicht über Schulverein, Elternarbeit und private Aktionen und Initiativen in der Öffentlichkeit wirksam werden. Hierbei wollen wir in Zielabsprachen mit den Innungen, der Kreishandwerkerschaft Göttingen, der hiesigen Geschäftsstelle der IHK Hannover-Hildesheim und den regionalen Bildungsträgern sowie den allgemein bildenden Schulen die ausbildungs- und weiterbildungsbezogene Zusammenarbeit weiter stärken und vertiefen.

Das vom Kultusministerium vorformulierte Grobziel, die Qualität der schulischen Prozesse zu verbessern ist und bleibt - auch unter dem Gesichtspunkt ein modernes und flexibles Bildungsangebot für die Region Göttingen zu entwickeln - die umfassende Herausforderung.

Die BBS II Göttingen verstehen sich heute zunehmend als Dienstleistungspartner - insbesondere in der dualen Ausbildung -, der sich in wesentlichen Punkten neben den pädagogischen Notwendigkeiten und Herausforderungen an unternehmerischen Aspekten orientiert. Als »Lieferant« praxisbezogenen Wissens und beruflicher Bildung benötigt die Schule dazu einerseits ein Bedarfsprofil ihrer »Kunden« (darunter sind Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Betriebe gleichermaßen zu verstehen) und andererseits ein Profil ihrer eigenen Leistungen, also Qualitätskriterien und Standards, um Methoden zur Qualitätssicherung zu entwickeln und anwenden zu können. In diesem Sinne sind sich die Berufsbildenden Schulen II des Landkreises Göttingen nicht nur der Notwendigkeit und der Möglichkeiten einer Weiterentwicklung des berufsbildenden Schulwesens durchaus bewusst, sondern setzen darauf, dass durch Innovation und ausgehandelte Eigenverantwortlichkeit nachhaltig das berufsbildende Schulwesen in der Region Göttingen gestärkt und damit ein übertragbares Modell geschaffen wird.

Dazu ist es notwendig in der Schule eine schlanke innovative, effektive und effiziente Struktur anzustreben. Die bisherigen Entscheidungsträger im Hause der BBS II sind mit diesen organisatorischen Prozessen weit vertraut und können zu einer rechtlich abgesicherten Situation ihre Erfahrungen hervorragend einbringen.

Für jedes Arbeitsfeld sind frühzeitig Gruppen gebildet worden, deren Mitglieder – selbstverständlich unter Einbeziehung des Schulpersonalrates, der Frauenbeauftragten in der Schule, der schulfachlichen Koordinatoren und der Schulleitung – in einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung Leistungsversprechen und Arbeitspakete zu den jeweiligen Arbeitsfeldern beschlossen haben.

In der Arbeitsgruppe Qualitätsmanagement (QM) und in den Arbeitsgruppen ProReKo werden die vielfältigen Herausforderungen koordiniert, die Verbesserungsprozesse identifiziert und die Erfahrungen mit dem Ziel gesammelt, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BBS II Göttingen mit auf diesen Weg zu nehmen, um somit vielfältige Gestaltungsfreiräume zu schaffen und zu beleben.

Ein kleiner Hinweis - gefunden in einem Kommentar zum richtungsweisenden Werk der Bildungskommission NRW von 1995: Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft - sei erlaubt:

Wie bei allen Reformen muss es Kritiker geben:

- *Scheinrealisten, die finanzielle, pädagogische bzw. Mitarbeiter spezifische Bedenken geltend machen;*
- *Skeptiker, die sich an Einzelfragen orientieren und*
- *Zyniker, die grundsätzlich von der Unveränderbarkeit der Dinge und von der Nichtnotwendigkeit der Bemühungen ausgehen.*

Meines Erachtens gibt es viele gute Gründe anzunehmen, dass die Schulverfassungsreform - die unvermeidlich ist - gelingen wird. Dazu ist es notwendig, dass Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den beschwerlichen Weg über den Reformgipfel wirklich gehen.

Peter Peschel

Berufsschullehrerverband (BVN) Weser- Ems: Verabschiedung von Alwin Schilling, Dezernatsleiter der Abteilung „Berufsbildende Schulen“

Osnabrück (fsu) - Ein Mann des feinen Humors und des geschliffenen Wortes sei Alwin Schilling. Als Leitender Regierungsschuldirektor habe er sich - stets liebenswürdig, zugleich aber beharrlich und unermüdlich - für die Belange der Schulen und der Schülerinnen und Schüler eingesetzt, so Johann Meyer.

Johann Meyer, Bezirksvorsitzender des BLBS in Osnabrück, hatte noch weiteres Lob anlässlich der Verabschiedung von Alwin Schilling parat. Meyer erinnerte an die Zeit vor über 20 Jahren, als Alwin Schilling „sein“ Seminarleiter im Studienseminar Osnabrück gewesen sei. Im Seminar sei eine Atmosphäre gepflegt worden, die ein Gemeinschaftsgefühl, ein Solidaritätsverhalten und ein Wir-Gefühl unter den Lehramtskandidaten hervorgebracht habe. Mit Schillings Pensionierung entstehe eine große Lücke. So werde es auch für den BVN nicht einfacher. Für die hervorragende Zusammenarbeit bedankte sich ebenso Peter Weers, Mitglied des Schulbezirkspersonalrats Weser-Ems.



Ein Buchpräsent an Alwin Schilling:

„Wenn Steine reden könnten – ein Streifzug durch die Baugeschichte von der Weser bis zur Ems“. Johann Meyer (rechts)

Foto: Weers

Stadtverband Braunschweig des BLBS im Niedersächsischen Landtag

Unter der Führung ihres Vorsitzenden Kurt Kunze hat sich eine Mitgliedergruppe des Stadtverbands Braunschweig am 06. 11. 03 aufgemacht, um in der Landeshauptstadt einerseits Einblick in die Funktionsweise des Landtags zu nehmen, aber auch um an diesem Ort über aktuelle Aspekte der Bildungspolitik zu diskutieren.

Empfangen wurde sie von Herrn Feine, der in Verbindung mit einem historischen Rückblick detailliert und auskunftsfreudig bei einer Führung durch das Gebäude das Funktionieren der „Parlamentsmaschinerie“ erläuterte. Ob jedoch ein dabei vorgeführter Informationsfilm geeignet ist, andere, vor allem auch jugendliche Gruppen dem Parlamentarismus näher zu bringen, wurde aus pädagogischer Sicht angezweifelt. Moderne Werbung könnte – auch wenn sie seriös und informativ sein muss – wesentlich lebendiger und ansprechender sein.

Im Mittelpunkt des Besuchs stand anschließend eine ausführliche Diskussion mit dem kompetenten CDU-Abgeordneten K.-H. Langspecht im Plenarsaal.

In vielen Punkten war man sich über Probleme und Ziele der zukünftigen Bildungspolitik durchaus einig, aber alles muss unter dem Aspekt der gegenwärtigen extremen finanziellen Krisensituation gesehen werden. Es ist schon schockierend, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass Niedersachsen für den bestehenden Schuldenberg von fast 45 Mrd. Euro täglich allein 7 Millionen an Zinsen zu zahlen hat.

Einig war man sich u. a. auch darüber, dass es ohne finanzielle Sonderbelastung erforderlich und möglich ist, dem Lehrerberuf allgemein wieder zu mehr Ansehen zu verhelfen. Abwertende und diffamierende Kennzeichnungen der Vergangenheit aus der Warte eines hohen politischen Amtes zeigen noch immer erhebliche negative Nachwirkungen.

Dennoch äußerte man Hoffnung und Vertrauen in eine weitgehend positive Entwicklung, zumal mit Befriedigung festgestellt werden konnte, dass nun im Kultusministerium auch wieder praxisnahe und realitätsbezogene Informationen durch den BLBS mit Problembewusstsein aufgenommen werden. Allerdings werden nicht alle unserer Vorschläge und Wünsche berücksichtigt werden können.

Wir sollten jedoch weiterhin jede Gelegenheit wahrnehmen, die Bereitschaft des für uns zuständigen und für unsere Belange auch aufgeschlossenen Ministeriums zu weiteren informativen Kontakten zu nutzen.

Gerhard Völpel

ANZEIGE Englisch...

Medienkompetenz in der Bildung

„Schule muss fit - machen für den medialen Dschungel“

Oldenburg (fsu) - Heftig erörtert wird in der Bildung derzeit die Frage der Medienkompetenz unserer nachwachsenden Generation. Die Ansichten und Positionierungen dazu, was darunter zu verstehen ist und welche Inhalte zu vermitteln sind, variieren vom Computer-Führerschein über die Befähigung im Umgang mit einer wachsenden Informations- und Meinungsflut bis zur Aufbereitung von Informationen auf der Grundlage eines fachlich und/oder ethisch geprägten Gerüsts.

Friedrich Susewind befragte **Dr. Uwe Christiansen**, Präsident des Kuratoriums der Akademie für Publizistik in Hamburg und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien norddeutscher Industrie- und Handelskammern, nach einigen zentralen Elementen der aktuellen Diskussion.

Herr Dr. Christiansen, der Ruf nach mehr medialen Qualifikationen? Was steht dahinter?

Bei einer wachsenden Zahl von Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen wir ein weit verbreitetes und zugleich um sich greifendes Unbehagen darüber fest, dass unsere Medien- und Informationsdemokratie einerseits den aufgeklärten und medienmündigen Bürger benötigt, dass sich andererseits aber der Medienbürger diesem Anspruch - gelinde gesagt - zunehmend zu verweigern scheint.

Sorgen macht man sich darüber, dass womöglich die Fähigkeit des heranwachsenden Bürgers nicht mehr ausreichen könnte, für sich so etwas wie eine „mediale Müllentsorgung“ betreiben zu können. Festgemacht wird diese Sorge unter anderem an den wachsenden Quotenerfolgen der TV-Unterhaltungs- und Boulevardformate und einer im Vergleich dazu schleichenden partiellen Entpolitisierung der TV-Angebote. Mediale Großereignisse wie vor einigen Jahren Big Brother, „Deutschland sucht den Superstar“ oder in diesen Tagen „Ich bin ein Star – holt mich hier raus“ enthalten ja nicht eben den tiefgehenden gesellschaftlichen Diskurs. Es ist der Trend zu seichter statt anspruchsvoller Kost, übrigens auch in Tageszeitungen, der Fragen zur Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft in der Summe der Individuen entstehen lässt. Die gegenwärtige Diskussion über die Zukunft des Qualitätsjournalismus hat hier ihre Wurzeln.



Dr. Uwe Christiansen

Foto: privat

Die vielen Erwartungen und Interpretationen zum Komplex der Medienkompetenz können durchaus verwirren. Wie definieren Sie „mediale Qualifikationen“?

Einig sollten wir uns darin sein, dass der Begriff der medialen

Qualifikation weit umfassender ist als der bloße Umgang mit Technik. Der Einsatz von Power Point - Präsentation, die Nutzung des Videorecorders oder des mobilen Telefons mögen von technischem Verständnis zeugen-, unter medialer Qualifikation oder Kompetenz ist jedoch deutlich mehr zu verstehen. Konkret: Medienkompetenz ist zu begreifen als Grundqualifikation der allgemeinen Persönlichkeitsentwicklung und Befähigung zur eigenständigen Wirklichkeitserschließung und -auseinandersetzung. Es geht um die grundsätzliche Fähigkeit, eigenverantwortlich und zielgerichtet mit Medien und ihren Produkten umzugehen.

Dazu muss man eben auch wissen, dass Medienprodukte, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Hörfunk, Fernsehen und Internet nicht nur eine inhaltliche Seite haben, sondern auch eine ökonomische. Sie haben ein eigenes Leben. Sie werden zweckgerichtet entwickelt, sie werden auf Märkten angeboten und sie werden konsumiert. Mediale Kompetenz bedeutet also auch Kenntnis zu haben von diesen Gesetzmäßigkeiten und sie zumindest in den Grundlagen beherrschen und nutzen zu können.

Den Umgang mit Medien lernen, Vermittlung von Kernbefähigung bereits in der Schule. Ist dies heute schwieriger als früher?

Ich glaube nicht, dass unsere Kinder mit dem Erlernen dessen, wie man Informationen gewinnt, wie man sie ordnet und bewertet und wie man sie zweckgerichtet einsetzt, mehr Schwierigkeiten haben, als wir es zu unserer Zeit hatten. Die Frage stellt sich aus meiner Sicht anders:

Ist die Schule heute in der Lage, unsere Kinder auf den Umgang mit den Medien vorzubereiten? Ich habe da meine Zweifel. Die Schule ist gewiss ein maßgeblicher Baustein bei dieser Vermittlungsarbeit. Aber sie bedarf der Unterstützung durch die Elternhäuser. Mir persönlich scheint hier manches im Argen zu liegen. Auf diesem Gebiet geschieht offensichtlich nicht genug. Die Kinder bleiben sich aus den unterschiedlichsten Gründen vielfach selber überlassen.

Was können Eltern zur Verbesserung der Medienkompetenz ihrer Kinder beitragen?

Ein Patentrezept dazu gibt es wahrscheinlich nicht. Zunächst einmal müssen Eltern ja selber über die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen. Dazu gehört vor allem auch, dass in der Familie und von der Familie das Gespräch, das Lesen von Büchern und Zeitungen eingeübt wird. Dazu gehört des Weiteren, dass man sich dafür ausreichend und kontinuierlich Zeit nimmt. Das interpretierende Gespräch gehört ebenso dazu wie das Üben einer dialogischen Streitkultur als Bewusstseinsprägung. Dabei scheint es so zu sein, dass insbesondere in den Ballungsräumen, in den großen Städten mit ihren ausgeprägten und vielfältigen Kultur- und Unterhaltungsangeboten dies viel zu wenig geschieht. Natürlich muss man auch sehen, dass der wachsende Anteil an allein erziehenden Eltern vielfach schlicht überfordert ist. Zahlreiche Institutionen der Erwachsenenbildung bemühen sich

um die medienpädagogische Qualifizierung von Eltern. Dies ist insbesondere bei schwer erreichbaren oder in Problemsituationen lebenden Familien ein schwieriges Feld.

Wo liegt in der Bildung der Ansatz für eine Verbesserung von Medienkompetenz?

Medienkompetenz umfasst aus Sicht der Wissenschaft die vier Dimensionen Medienkunde, Medienkritik, Mediennutzung und Mediengestaltung. Das Bilden beziehungsweise das Lernen von Medienkompetenz zielt - vereinfacht gesagt - auf das Sich-Zurechtfinden in den neuen und komplexen Medienwelten. Medienkompetenz soll, aufs Ganze gesehen, befähigen, die neuen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung souverän handhaben zu können.

Was kann hierbei die Schule leisten?

Die allgemein bildenden Schulen können mediale Kompetenz, also den mündigen Umgang mit Medien zur Förderung von Demokratie, Wirtschaft und Kultur, aus meiner Erfahrung heraus derzeit kaum ausreichend vermitteln. Wie sollte sie auch? Sie haben heute weit weniger Zeit als früher dafür.

Schauen Sie sich doch einmal an, mit welchen zusätzlichen Vermittlungsanforderungen die Schule in den letzten zehn Jahren konfrontiert wurde bei unveränderten Stundendeputaten und einer im Schnitt immer mehr abgesunkenen Schulreife bei den Schulanfängern. Schule ist auch gar nicht vorbereitet, umfassend Medienkompetenz zu vermitteln. Im Lernen mit dem Computer umzugehen ist zwar mittlerweile Bestandteil in nahezu sämtlichen Zielkatalogen unseres Bildungssystems. Zur Umsetzung stellt Pisa allerdings fest, dass die Institution Schule in Deutschland insgesamt bisher viel zu wenig zur Förderung eines kompetenten Umganges mit dem Computer beiträgt.

Warum wird in den Schulen noch so wenig Erfahrung mit Lern- und Arbeitssoftware vermittelt?

Ich habe den Eindruck, dass zwar ein Anfang gemacht wurde, beispielsweise in manchen berufsbildenden Schulen, dass aber bei den allgemein bildenden Schulen noch kräftig nachgelegt werden muss. Die Pisa-Studien und ihre Nachfolger werden hier sicherlich Aufschluss geben. Vergessen wir nicht, dass dieses Themenfeld keine eigene Schulgeschichte besitzt.

Fernsehen, Internet und Handy sind eben nicht Bestandteile des klassischen, von Humboldt geprägten Bildungskanons, der nach wie vor als Idealbild in den Vorstellungen unserer Bildungsverantwortlichen umherschwirrt.

Die Landesmedienstellen, die die Bundesländer für die Schulen vorhalten, führen in aller Regel ein aufopferungswilliges Schattendasein.

Und die Lehrer selber? Wie sollen sie Medienkompetenz vermitteln?

Wenn wir unseren Pädagogen künftig diese Vermittlungsarbeit abverlangen wollen, dann haben sie zunächst einmal Anspruch darauf, zuvor grundständig an den Universitäten und in Fort- und Weiterbildungskursen dafür qualifiziert zu werden. Sie selber müssen erst einmal „Medien“ lernen, also Medienkunde, Medienkritik, Mediennutzung und -gestaltung. Zum Beispiel Medienkunde: Was sind die Regeln der Printmedien im Geschäft mit der Information, wie macht das Fernsehen seine Bilder und woran orientiert sich ein Hörfunkredakteur?

Ich sehe nicht, dass diese und andere Fragen derzeit Lehrstoff in der Lehrerausbildung an den Universitäten sind oder dass dort überhaupt über deren Eingang in den Lehrstoff diskutiert wird. Und ich sehe auch noch nicht die Professorinnen und Professoren, die Lehrerstudenten dieses Wissen vermitteln.

Welche Rolle spielt beim Erwerb von Medienkompetenz das Kommunikations- und Spielverhalten von Kindern und Jugendlichen? Ist das Sitzen vor dem PC, das Geleitetwerden vom Video-Spiel eine Einbahnstraße?

Über die positiven oder negativen Folgen kindlicher Konzentration auf „Kommunikation via Bildschirm“ streiten die Experten trefflich, vor allem über die Frage der Vereinzelung. In jedem dritten Kinderzimmer steht heute bereits ein eigener Fernseher. Die Gruppe der 3 bis 19jährigen sieht täglich etwa zwei Stunden lang TV. Mehr als 300 Programmstunden wöchentlich strahlen die Sender allein im so genannten Kinderfernsehen aus. Zum Vergleich: vor zwanzig Jahren waren es noch 25 Programmstunden. Die Verbreitung des PC in den Kinderzimmern ist nicht weniger ausgeprägt. Die ARD/ZDF-Online-Studie 2000 belegt, dass Jugendliche sich an durchschnittlich knapp fünf Tagen in der Woche im Internet aufhalten und dabei täglich 145 Minuten im Netz verbringen. Ja, dies ist eine Einbahnstraße:

Ein Bildschirm antwortet nicht, das Lernen im rein virtuellen Dialog ist und bleibt eine Schimäre.

Die PISA - Studie hat auch in Deutschland einen neuen Kompetenzbegriff begründet. Wenn es deutschen Schülern an Lese- und Sprachkompetenz fehlt, können sie dann gleichwohl medienkompetent werden? Oder bedingt nicht das eine das andere?

Der Hinweis von Pisa, dass es in Deutschland eine im Vergleich zu anderen Ländern unterausgeprägte Sprach- und Lesekompetenz bei den Schülern gibt, ist erschreckend. Lese- und Sprachvermögen sind entscheidende Voraussetzungen für Medienkompetenz.

Und Medienkompetenz selber ist entscheidend, um den Platz als mündiger Bürger in unserer Gesellschaft zu besetzen und auszufüllen. Gerade deshalb muss es nachdenklich stimmen, dass 42% der deutschen Schüler angeben, dass sie nur ungern lesen. Da zieht eine Generation von sprachlichen Analphabeten herauf, die uns beispielsweise in den Unternehmen noch viel zu schaffen machen wird. Wie müssen sich die Unternehmen auf die auf sie zukommenden Lese- und Sprachdefizite ihrer künftigen Mitarbeiter einstellen? In den norddeutschen Industrie- und Handelskammern machen wir uns darüber schon seit längerem Gedanken.

Im Jahr 2004 setzt sich die IHK-Organisation unter dem Motto „Innovation Unternehmen!“ verstärkt dafür ein, die Bedingungen am Standort Deutschland insgesamt zu verbessern. So sagte jetzt Ludwig Georg Braun, Präsident des DIHK, wer die Zukunft gewinnen wolle, müsse in sie investieren.

Was empfehlen Sie abschließend als Guideline für das Lernen des Lernens im medialen Dschungel?

Das Thema Medien interessiert junge Menschen in besonderem Maße. Sie brauchen dafür kaum zusätzlich motiviert zu werden. Einfacher kann für die Schulen ein Zugang nicht sein.

Medien erleben, erfahren, nicht nur konsumieren sollte eine erste Grundregel sein. Mehr Mut zum Experiment, mehr Engagement und mehr Anpacken im deutschen Bildungswesen ist jetzt notwendig. Was hindert unsere Schulen zum Beispiel daran, viel mehr als bisher Journalisten und auch journalistische Volontäre in den Unterricht einzuladen? Direkte Erfahrung können wie Meilenstiefel wirken. Wir verlieren derzeit zu viel Zeit bei der Suche und bei dem Aufbau eines perfekten Konzeptes für die Medienerziehung. Diese Zeit haben wir nicht mehr.

Manfred Ley zum Fachberater für Elektronik ernannt

Mit Wirkung vom 02.01.2004 wurde Manfred Ley zum Fachberater für Elektrotechnik bei der Bezirksregierung Hannover eingesetzt. Sein Vorgänger, Studiendirektor Friedrich Bradt, war ebenfalls Lehrer an der Eugen-Reintjes-Schule in Hameln. Da ich von

1975 bis 1978 als Erster dieses Amt innehatte, begrüße ich sehr, dass nun wieder ein Lehrer unserer Schule diese wichtige Tätigkeit ausübt.

Klaus Schubert

Wechsel im Hauptvorstand des BLBS, Bezirk Braunschweig

Hannover (fsu) - Nach über zehn Jahren Tätigkeit als Vorsitzender des Bezirksverbandes Braunschweig übergab nun Gerhard von Campe sein Amt in jüngere Hände.

Sein Nachfolger im Bezirk wird Kurt Kunze. Von Campe bleibt aber weiterhin Mitglied im Schulbezirkspersonalrat.

In einer kleinen Feierstunde sprach ihm Lothar Lücke als stellvertretender Landesvorsitzender Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Von Campe sei ein Menschenfreund und Pädagoge mit Herz und Verstand. Kompetenzzentren hin – Kompetenzzentren her: Von Campe habe als Lehrer das pädagogische Kerngeschäft stets als vorrangig angesehen und den Dialog mit der Wirtschaft gepflegt. Dabei sei der Berufsschüler für ihn stets „die Nummer 1“ gewesen.

Landesvorsitzender Heinz Ameskamp betonte in diesem Zusammenhang noch einmal, wie wichtig es gerade heute sei, den Blick auf die uns anvertrauten Jugendlichen zu schärfen.



„Hannover, Hauptstadt der Niedersachsen, – Buchpräsent und ein „edler Tropfen“ für Gerhard von Campe (v.l.): Schulleiter Lothar Lücke, Gerhard von Campe, Landesvorsitzender Heinz Ameskamp

Foto: Susewind

Kommentar

„Persönliche Tugenden fallen nicht vom Himmel“ Verantwortung und Gemeinsinn vorleben und bereits in der Schule vermitteln

Von Friedrich Susewind

Was haben der Saturn-Slogan „Geiz ist geil“ und Karl Marx´s These „Religion ist Opium für´s Volk“ gemeinsam?

Zunächst einmal: Beide Aussagen führen, ist die erste Schlacht geschlagen, zum Schwund der „Kundschaft“ – sowohl im Kaufhaus wie in der Kirche. Als Gewinner frohlockt das Internet. Ob dies der Elektro-Handelskette aus Augsburg und dem Kritiker der politischen Ökonomie aus Neuss, der später im Osten zum Idol wurde, recht sein kann?

Wohl kaum, denn beide Sprüche untergraben die Werte- und Bewusstseinsbildung, also unsere Moral. Im Kauftempel ist es die Zahlungs- und Kaufmoral der Kundschaft, die heute so schlecht ist wie nie zuvor. In der Kirche sind es eher die Vorstellungen von Moral insgesamt, die längst nicht mehr das sind, was sich auch der Begründer des Marxismus sicher wünschte.

Nun denn: Von der schlechten Zahlungsmoral und dem „geilen“

Geizverhalten großer Teile ihrer Kundschaft sind heute vor allem jene mittelständischen Betriebe betroffen, die bislang in der Region auf Fachkompetenz, Service und Kundentreue setzten. Hier leiden Handel und Handwerk gleichermaßen. In einigen Bundesländern sind die Insolvenzzahlen inzwischen besorgniserregend: 40 000 Pleiten bundesweit im vergangenen Jahr, ein Anstieg von über 5%. So brechen Ausbildungsplätze weg. Und da will die Regierung – Ironie des Schicksals - Ausbildungsplatzabgaben für Betriebe beschließen, „die nicht ausbilden wollen“. Fakt ist: Die jungen Leute landen vermehrt in Auffangklassen der Berufsschulen, drehen hier in Warteschleifen eine Runde nach der anderen und möchten doch so gern in´s Arbeitsleben. Wieviel reguliertes Deutschland verträgt unsere Wirtschaft?

Frust stellt sich ein: „Warten auf Godot“. Wann kommt er? Ein Stück von Samuel Beckett, ohne Hoffnung, ohne Ausweg. Das

Einziges, was den Akteuren bleibt, ist die stupide Hoffnung auf bessere Zeiten. In dieser Haltung verharren sie ihr Leben lang – Absurdität des menschlichen Daseins: Moralisch vertretbar ist das nicht. Selbst Sisyphos, dem Mann aus der Antike, erging es da besser: Er war immerhin von den Göttern dazu „berufen“ worden, zeit seines Lebens einen Stein auf die Höhe eines Berges zu wälzen, in der Hoffnung, dass er oben liegen bleibe: Der Stein rollte jedoch immer wieder herunter. Nun ja: Sisyphos stand immerhin im Arbeitsleben, hatte eine fachpraktische Aufgabe, eine „Lehrstelle“ und gab nicht auf. Hatte Sisyphos deshalb eine „gute“ Arbeitsmoral und blieb ihm ein Stück Hoffnung auf eine gute Zukunft?

Ja, die Götter und die Moral: Mit der Moral ist das so eine Sache: Wer danach lebt, muss damit nicht unbedingt glücklich werden. Schon früh beschrieb dies Ulrich Wickert in seinem Bestseller „Der Ehrliche ist der Dumme“. Heute sind es bestimmte Aufsichtsräte, die dies öffentlich vorführen und ihr Heil sowie die Problemlösung in Krisenzeiten in der unanständigen Erhöhung von Vorstandsgehältern sehen, während die Mitarbeiter um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen, weil eingespart werden muss. All dies erkennen auch unsere Schülerinnen und Schüler, die zwar keine PISA - Sieger, gleichwohl aber oft scharfsinnige Beobachter der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind. Das Abgleiten einiger von ihnen in Drogenzirkel, in destruktive und kriminelle Kreise, ist zu einer ernststen Herausforderung für unsere Gesellschaft geworden.

So ist es kein Wunder, dass heute nahezu von allen Seiten der

Ruf nach immateriellen Werten immer lauter wird – selbst aus der Vorstandsetage jener, die sich den Spruch „Geiz ist geil“ auf ihre Fahnen schreiben. Handelskette, was nun - „Schluss mir dem Falschgeiz“ oder die Flucht nach vorn mit „tiefer ist geiler“? Welch ein Chaos der Worte und Werte!

Auch die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände sieht in der Werteerziehung Handlungsbedarf. Sie veranstaltete im vergangenen Jahr eine Tagung zum Thema „Bildungsauftrag Werteerziehung“. Dort wurde betont: „Unternehmen erwarten von ihren Auszubildenden und Mitarbeitern nicht nur Allgemeinbildung und Fachwissen, sondern ebenso persönliche und soziale Kompetenzen. Selbstständigkeit und Offenheit, Lern- und Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Gemeinsinn, Verantwortungsbereitschaft und Rücksichtnahme sind solche Tugenden“. Diese Eigenschaften fallen nicht vom Himmel. Dafür muss investiert werden!

Eine gute Investition ist der Religionsunterricht im Bereich der beruflichen Bildung. So wurde in Tübingen im vergangenen Jahr das Institut für berufsorientierte Religionspädagogik gegründet. Professor Dr. Reinhard Bader, Universität Magdeburg, Schriftleiter der Zeitschrift „Die berufsbildende Schule“, übernahm als ausgewiesener Fachmann und Vordenker in der Berufspädagogik den Vorsitz im wissenschaftlichen Beirat. Den Festvortrag zur Gründung hielt der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann. Er wünsche sich, dass das Institut auch zum Dialog mit den Ausbildungsbetrieben – „möglichst als Schnittmenge zwi-

ANZEIGE EUROPA VERLAG

**wie letzte Ausgabe
da keine neue eingetroffen**

Wir gedenken unserer Verstorbenen

Willi Lindemann	* 15.08.1920	† 04.01.2004	Ortsverband Osnabrück	Bezirksverband Osnabrück
Antonie Lüdemann	* 14.07.1923	† 06.01.2004	Ortsverband Verden	Bezirksverband Stade
Detmar Schiffler	* 04.06.1926	† 11.02.2004	Ortsverband der BBS 3 Hannover	Bezirksverband Hannover

Detmar Schiffler hat uns verlassen



Am 11. Februar 2004 ist Detmar Schiffler, geb. am 2.6.1926 in Amsterdam, von uns gegangen. Nach dem Abitur haben ihm die Lehre und die Meistersausbildung zum Maurer die beruflichen Kenntnisse vermittelt. Danach kam sein Studium in Hamburg zum Berufsschullehrer, dann seine Lehrtätigkeit an der GBS 2 und der GBS 3, an der er 1971 Schulleiter wurde und dies bis zur Pensionierung blieb.

Er war langjähriger BLBS-Kollege und hat, nachdem er von 1962 bis 1969 dem Vorstand als Geschäftsführer angehörte, unseren Landesverband Niedersachsen von 1970 bis 1978 als Vorsitzender geleitet und ihn dabei 1975 dem DBB (Deutscher Beamtenbund) angegliedert.

Seit 1972 durfte ich ihn als Geschäftsführer begleiten. In unserer Schrift „50 Jahre BLBS – Landesverband Niedersachsen e.V. – Erfolg durch Kompetenz“ hat er 1997 den Werdegang unseres Landesverbandes gut dargestellt und zwei Bilder zeigen ihn beim Abschluss seiner BLBS-Tätigkeit.

In seiner Traueranzeige hat das Kollegium der BBS 3-Hannover geschrieben: „Wir trauern um unseren ehemaligen Schulleiter, der uns stets mit Rat und Hilfe zur Seite stand. Insbesondere erinnern wir uns an seine Warmherzigkeit im Umgang mit uns“. Dem können wir vom BLBS und seinem großen Freundeskreis voll zustimmen, denn auch wir haben ihn genauso erlebt. Viele Gespräche wurden unter seiner Leitung im BLBS und mit uns nahestehenden Gesprächspartnern im Kultusministerium und mit der Wirtschaft in zielgerichteter und freundlich-kollegialer Art geführt. Sehr engagiert setzte er sich für alle damaligen Probleme der beruflichen Bildung wie Besoldung der Berufsschullehrer, BGJ-Einführung, Lehrkräfte für Fachpraxis, Curricula in Lernzielformulierung, Projektunterricht und Kurssystem uam. ein. Die berufliche Bildung und die Berufsschüler waren dabei immer seine Zielprojekte. Er vergaß dabei jedoch nicht, auch die sehr geselligen Feste des BLBS mit seiner ihn besonders in seiner letzten Zeit sehr gut betreuenden Frau Inge und dem großen Freundeskreis mitzufeiern und zu tanzen. Außerdem war er ein guter Vater seiner drei Töchter und Opa seiner vier Enkel.

Wir haben in ihm einen engagierten, erfolgreichen, fröhlichen und hilfsbereiten Freund und Kollegen verloren, wir werden ihn jedoch nicht vergessen und rufen ihm noch ein großes Dankeschön nach für alles, was er für uns getan hat.

Heinrich Rötter

Wir gratulieren und wünschen weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit

60 Jahre				65 Jahre			
Allers	Gerhard	Stade	01.04.1943	Schlink	Fritz	Springe	09.06.1943
Kipsieker	Jürgen	Osnabrück	03.04.1943	Voss	Hans-Jürgen	Rotenburg	10.06.1943
Quitt	Hans-Joachim	Lüneburg	14.04.1943	Wömpener	Heinrich	Hameln	13.06.1943
Wenzig	Jochen	Aurich	23.04.1943	Bade	Heinz-Erhard	Alfeld	19.06.1943
Grinten v. d.	Hans-Joachim	Duderstadt	24.04.1943	Konca	Muzaffer	Hannover 5	21.06.1943
Veit	Johannes	Göttingen	26.04.1943	Neubert	Dr. Stefan	Hannover 2	28.06.1943
Herter	Günter	Lüneburg	02.05.1943				
Grunow	Manfred	Hannover 3	09.05.1943				
Rostalski	Karl-Heinz	Bad Harzburg	14.05.1943	Vogelsang	Helmut-Georg	Osnabrück	07.04.1938
Behrens	Helmuth	Stade	19.05.1943	Heithecker	Gerhard	Osnabrück	09.04.1938
Witt	Regine	Hannover 7	24.05.1943	Bartels	Wilhelm	Lüneburg	10.04.1938
Kienemann	Heinrich	Osnabrück	27.05.1943	Serafin	Günter	Braunschweig II	16.04.1938
Wilts	Hermann	Wittmund	27.05.1943	Kleene	Heinrich	Leer	15.05.1938
Annussat	Joachim	Hannover 1	03.06.1943	Burfeind	Werner	Verden	19.05.1938

Wir gratulieren

Thiel	Helga	Einzelmitglied	26.05.1938
Janssen	Bodo	Braunschweig II	12.06.1938
Miersch	Friedrich	Gifhorn II	18.06.1938
Schwinge	Erich	Verden	26.06.1938
Rothenbusch	Ernst-Achim	Einzelmitglied	29.06.1933

70 Jahre

Oehr	Erich	Stade	03.04.1933
Pannek	Hannelore	Wilhelmshaven	15.04.1933
Pietrock	Erika	Hameln	04.06.1933
Vöpel	Gerhard	Braunschweig II	25.06.1933

75 Jahre

Heine	Carl	Stadthagen	05.04.1928
Uhl	Wolf-Dieter	Celle	27.04.1928
Weiß	Ingeborg	Delmenhorst	03.05.1928
Stöber	Friedrich	Meppen	30.05.1928
Frisch	Hans-Martin	Einzelmitglied	03.06.1928
Gorney	Horst	Osterholz-Scharmb.	17.06.1928

80 Jahre

Müller-Weide	Anne-Dore	Oldenburg	16.04.1923
Hömmen	Hermann	Cloppenburg	25.04.1923
Wilpert	Anneliese	Hannover 7	04.06.1923

Älter als 80 Jahre

Schaar	Lotte	Celle	04.04.1906
Lemme	Ingeborg	Varel	19.04.1911
Haas	Anneliese	Ammerland	22.04.1915
Körner	Walter	Alfeld	18.04.1919
Willeke	Werner	Hannover 3	04.04.1920
Wippich	Kurt	Hannover 2	25.04.1920
Heiland	Robert	Lüneburg	11.04.1922
Schreiber	Hans	Stade	17.04.1922
Scherrinsky	Ingeborg	Stade	18.04.1922
Rückner	Anneliese	Hildesh. Marienburg	05.05.1910
Walter	Ursel	Hannover 7	04.05.1921
Isensee	Adolf	Osnabrück	24.05.1921
Fiola	Siegbert	Alfeld	25.05.1921
Eggeling	Lisa	Salzgitter	02.05.1922
Kaiser	Hans-Wilhelm	Hannover 3	13.05.1922
Wessig	Josef	Salzgitter	28.05.1922
Schleicher	Alfred-Paul	Bad Harzburg	30.05.1922
Jerchel	Günther	Wolfsburg	11.06.1905
Geisler	Margarete	Hildesh. Marienburg	20.06.1909
Terveer	Franz	Aurich	02.06.1915
Schmidt	Ernst-Ulrich	Hildesheim Stadt	10.06.1915
Schneider	Renate	Celle	08.06.1918
Krause	Werner	Varel	07.06.1921

An den BUNDESVERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER
AN BERUFLICHEN SCHULEN
Landesverband Niedersachsen e.V.
Kurt-Schumacher-Str. 29 • 30159 Hannover
Tel. (05 11) 32 40 73 • Fax (05 11) 3 63 22 03

Aufnahmeantrag und Einzugsermächtigung

Name _____ Vorname _____

Geburtsdatum _____ Bezirksverband _____

Ortsverband _____ Dienststelle/Schule _____

Straße _____ PLZ/Wohnort _____

Tel./Fax _____ Eintritt Schuldienst _____

Amtsbezeichnung _____ Besoldungs-/Vergütungsgruppe _____

Berufsfeld _____ Unterrichts-Fächer _____

Konto-Nummer _____ BLZ _____

Bankverbindung _____

**Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen (BLBS)**

zum _____ .

**Ferner ermächtige ich den BLBS widerruflich, den von
mir zu zahlenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.**

**Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist,
besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine
Verpflichtung zur Einlösung.**

Ort _____ Datum _____ Unterschrift _____

Für die Mitgliederverwaltung:

Aufnahme in die Datei am: _____

Aufnahmebestätigung am: _____

Kopie an Kassenwart: _____

**Redaktionsschluß
der nächsten Ausgabe:**

25.05.2004